

## Säbelrasseln in der Karibik

VENEZUELA SUCHT AUSWEG AUS INNENPOLITISCHER KRISE DURCH STREIT MIT DEN USA

**US-Präsident Obama verschärft die Gangart gegenüber dem venezolanischen Regime und nennt die Situation in Venezuela eine „außergewöhnliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“. Der Regierungserlass erfolgt, nachdem der venezolanische Präsident Maduro neben den obligatorischen Verbalattacken populistische Maßnahmen gegen die USA vornahm. Vor dem Hintergrund der Grenzstreitigkeiten mit Guyana aufgrund von Ölbohrungen im Atlantik sowie des Tauwetters in den US-kubanischen Beziehungen scheint es jedoch fraglich, ob die venezolanische Regierung mittelfristig zu ihrem Nutzen handelt. Der venezolanische Einfluss in der Karibik nimmt ab – zugunsten der USA. Es besteht der Verdacht, dass hinter der venezolanischen Vorgehensweise eine kalkulierte Strategie der außenpolitischen Eskalation steckt, um von der innenpolitischen Krise abzulenken, die regierungsinterne Einheit zu stärken und die Repression gegenüber der Opposition zu erhöhen. Ein Dialogversuch des Staatenbündnis UNASUR ist wegen Parteilichkeit des Generalsekretärs Samper zum Scheitern verurteilt.**

Die US-Regierung hat ihren angekündigten Worten Taten folgen lassen. Am 9. März verkündete US-Präsident per Regierungserlass die Umsetzung des im Dezember verabschiedeten Gesetzes zur Verteidigung der Menschenrechte und der Zivilgesellschaft in Venezuela. „Wir sind verpflichtet, den Respekt für die Menschenrechte voranzutreiben, demokratische Institutionen zu schützen und das US-amerikanische Finanzsystem vor den unerlaubten, aus öffentlicher

Korruption in Venezuela stammenden Finanzströmen zu schützen“, so der Wortlaut.<sup>i</sup>

Als erste sanktionierte Personen traf es sieben mittlere bis hochrangige Militärs, Geheimdienst- und Polizeichefs sowie eine Staatsanwältin.<sup>ii</sup> Die Botschaft ist eindeutig: Nicht nur ranghöchste Regierungsmitglieder, sondern auch diejenigen, die Befehle ausführen, müssen mit Konsequenzen rechnen. Da mittlerweile auch innerhalb des venezolanischen Regimes die Zweifel an der Überlebensfähigkeit der eigenen Regierung zunehmen, tragen die gezielten Sanktionen gegen bestimmte Personen möglicherweise zur Verunsicherung im chavistischen Lager bei. Immerhin ist bekannt, dass die USA bei den Venezolanern, gleich welcher politischen Couleur, weiterhin beliebtes Reise- und –auswanderungsziel ist. Die sanktionierten Personen werden mit Einreiseverbot in die USA belegt und sofern Privatvermögen in den USA bestehen, werden diese eingefroren. US-Bürgern werden Geschäfte mit den sanktionierten Personen untersagt.

**USA und Spanien gehen gegen venezolanisches Schwarzgeld vor**

In einem weiteren Schritt beorderte US-Präsident Obama das US-Finanzministerium in Abstimmung mit dem Außenministerium diejenigen Personen oder Unternehmen zu identifizieren und zu verfolgen, die an Geschäften aus illegalen Geldquellen aus Venezuela beteiligt oder dafür verantwortlich sind. Bereits einen Tag später beschuldigte das US-Finanzministerium die Banca Privada d'Andorra zwei Milliarden Dollar gewaschen zu haben, die von dem venezolanischen Staatsunternehmen Petroleos de Venezuela

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

März 2015

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

SA (PDVSA) stammen. Die andorranischen Behörden nahmen bereits zwei Bankmanager fest, die gegen die Zahlung exorbitanter Summen das Geschäft über Scheinfirmen für venezolanische Hintermänner, deren Identität zum gegenwärtigen Zeitpunkt unbekannt ist, abgewickelt haben sollen. Dabei wurden auch Dollarbeträge über mindestens vier Banken in den USA transferiert. Auch die spanischen Behörden reagierten umgehend und durchsuchten eine Filiale der Banco de Madrid, die zu der Banca Privada d'Andorra gehört. Die Anschuldigungen betreffen nicht nur venezolanische, sondern auch russische und chinesische Kunden.

#### **Visumpflicht für US-Bürger und Streit um das Botschaftspersonal**

Das zügige Vorgehen der US-Regierung zeigt, dass die Aktion keineswegs überraschend kommt. Man darf daher erwarten, dass weitere Schritte folgen werden. Dabei handelt es sich auch um eine Konsequenz permanenter Provokationen seitens der venezolanischen Regierung. Neben den ständigen Verbalattacken, denen es selten an Niveau- und Haltlosigkeit fehlt, sorgte jüngst die Ankündigung Maduros für Aufsehen, dass US-Bürger für die Einreise nach Venezuela künftig ein Visum benötigen, „um imperialistischen Aggressionen zu begegnen“. Außerdem wurden einige US-Politiker, wie Ex-Präsident George W. Bush mit einem Einreiseverbot belegt. Die venezolanische Gesellschaft reagierte in diversen sozialen Netzwerken mit Hohn und Spott, da Venezuela von den wenigen US-Reisenden eher profitiere, denn Schaden nehme.

Ferner forderte Maduro die Reduzierung des Personals der US-Botschaft in Caracas von 100 auf 17 Diplomaten. Dies entspricht der Anzahl der akkreditierten Diplomaten in der venezolanischen Botschaft in Washington DC. Auf diese Weise solle ein Gleichgewicht hergestellt werden. Die US-Regierung reagierte mit Unverständnis, denn rechne man die Diplomaten an den venezolanischen Konsulaten in den USA hinzu, so käme man auf die Anzahl von 74.

Da die meisten Botschaftsangestellten im Verwaltungsbereich tätig sind, wird Maduros

Maßnahme Probleme bei der Ausstellung von US-Visa für venezolanische Reisende haben. Möglich ist, dass dies ein bewusstes Kalkül Maduros ist, um den Personenverkehr zwischen Venezuela und den USA einzuschränken. Es trifft nicht nur oppositionell gesinnte Venezolaner, die ein zweites Standbein in den USA, vor allem in Miami haben, sondern auch chavistische Neureiche, die so genannte „Boliburguesía“, die trotz ideologischer Differenzen aus ihrer Zuneigung zum amerikanischen Lebensstil keinen Hehl machen und sich gerne im US-amerikanischen „Imperium“ aufhalten. Ebenso ist es möglich, dass es sich bei der forcierten Reduzierung des Botschaftspersonals um eine bewusste Provokation handelte, um eine US-amerikanische Gegenreaktion hervorzurufen. Selbige hat mit dem Erlass von US-Präsident Obama nicht lange auf sich warten lassen. Sollten die USA entsprechend dem Ansinnen Maduros eine Reduzierung des venezolanischen Botschafts- und Konsularpersonals auf insgesamt 17 Personen im gesamten US-Gebiet vornehmen, so müssten vermutlich die Konsulate schließen und Auslandsvenezolaner, die mehrheitlich oppositionell gesinnt sind, könnten bei den bevorstehenden Parlamentswahlen nicht mehr ihre Stimme abgeben.

#### **Diktator auf Zeit? „Anti-imperialistisches Ermächtigungsgesetz“ tritt in Kraft**

Als prompte Antwort auf den Regierungserlass von Barack Obama brachte der venezolanische Staatspräsident Maduro nur einen Tag später ein sogenanntes „Anti-imperialistisches Ermächtigungsgesetz“ in die Nationalversammlung ein, das ihm ermöglicht, ohne Beteiligung des Parlaments und des Obersten Gerichtshofes Dekrete mit Gesetzescharakter zu erlassen. Dies betrifft auch die in der Verfassung verankerte staatliche Ordnung oder verfassungsrechtlich geschützte Grundrechte. Ebenso kann er auch Erlasse verkünden, die das Land vor „äußeren Gefahren“ oder Aktivitäten schützt, die die öffentliche Ordnung gefährden. Das Ermächtigungsgesetz, das am Sonntag, den 15. März, in der zweiten und letzten Lesung von der Nationalversamm-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

März 2015

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

lung ratifiziert wurde, sieht eine Gültigkeit bis Jahresende vor.

### **Regierung bringt angebliche US-Invasion ins Spiel**

Als Begründung nannte Maduro eine Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Energieblockade, die die USA angeblich vorbereiten würden. „Wir werden einen militärischen Spezialplan machen und ich werde persönlich den Aufmarsch der FANB [venezolanischen Streitkräfte, d. Aut.] anführen“, so der Präsident, als er ein mehrtägiges Manöver der als schlecht organisiert geltenden Streitkräfte ankündigte. Martialisch anmutend rief er dazu auf, dass man es nie zulassen dürfe, dass „Yankee-Stiefel venezolanischen Boden betreten“. Venezuela sei nicht „Libyen oder Irak, sondern ein Territorium des Friedens.“ Nach der Rede schlugen verschiedene Kabinettsmitglieder eine ähnlich überzogene Vorkriegsrhetorik an. Der Verteidigungsminister Padrino López kündigte an, man werde das „Vaterland mit dem Leben verteidigen“. Eine zwischenzeitliche Äußerung der Sprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, nach der man „die Instabilität in Venezuela nicht fördert“, sondern Caracas zu einer „Verhaltensänderung“ bewegen möchte, tat dem Säbelrasseln aus Caracas keinen Abbruch. Die staatlich gelenkten Medien warnen vor „US-Blockaden“ und den „imperialistischen Attacken“. Die Streitkräfte werden entsprechend vorbereitet, ehemalige Soldaten werden angehalten sich als Reservisten zu melden und Bürger sollen an militärischen Übungen teilnehmen.

### **Verstärkte Repressionen und Vorbereitungen im Fall einer Wahlniederlage**

Für die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes gibt es weitere plausible Interpretationen als das der theatralisch inszenierten äußeren Aggression. So lenkt die Regierung mit der nationalistischen und sozialistischen Rhetorik von der Wirtschafts- und Versorgungskrise ab. Mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes können zudem die Repressionen gegenüber der Opposition verstärkt werden. Der Verfassungsrechtler Pedro Alfonso Del Pino sieht in dem Gesetz ein Vorbeugen der Regierung im Fall einer Wahl-

niederlage bei den kommenden Parlamentswahlen. Maduro stehen nun die Mittel zur Verfügung, die Rechte eines womöglich von der Opposition kontrollierten Parlaments zu beschneiden und den sozialistischen Staatsumbau weiter voranzutreiben. Ferner kann er ohne Probleme die Wahlvorbereitungen der Opposition auf Basis des neuen Gesetzes verhindern oder gar die Wahlen kurzerhand aussetzen.

Der Verdacht des ausschließlich innenpolitischen Nutzens des Ermächtigungsgesetzes wird dadurch gestützt, dass es gegen eine Aggression von außen nicht nötig ist, da der Staatspräsident bereits über die notwendigen Instrumente verfügt, dagegen vorzugehen. Außerdem besteht verfassungsgemäß die Möglichkeit einen Ausnahmezustand auszurufen. Maduro selbst scheint dies politisch nicht opportun zu sein, hingegen näherte er aber selbst den Verdacht, innenpolitische Absichten mit der Gesetzesinitiative zu hegen: „Mit dem Ermächtigungsgesetz in der Hand werden wir das venezolanische Rechtssystem perfektionieren, damit kein Ausnahmezustand ausgerufen werden muss“. In welcher Weise und warum genau das Rechtssystem einer Änderung bedarf, blieb der Staatschef und oberste Heeresführer schuldig.

### **Verantwortungslose Regierung lässt Land im Chaos versinken**

Die Umfragewerte deuten auf einen politischen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse im Parlament hin. Dies ist vor allem auf die wirtschaftliche und soziale Krise im Land zurückzuführen, die das Land zusehends im Chaos versinken lässt. Es gibt dringenden Handlungsbedarf. Die Schlangen vor den Supermärkten werden immer länger und die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Dingen des täglichen Bedarfs ist immer schwerer aufrechtzuerhalten. Trotz der Preisbindung für die meisten Produkte steigt die Inflation rasant an, da die Preise aller übrigen Produkte steigen oder diese auf dem Parallelmarkt beschafft werden müssen. Laut Centro de Documentación y Análisis para los Trabajadores (Cenda) benötigt eine vierköpfige Familie einen 2,8-fachen Mindestlohn, um den Nahrungsmittelbedarf eines

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## VENEZUELA

März 2015

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

Monats zu decken. Allein im Januar 2014 betrug der Preisanstieg für Lebensmittel 14,6 Prozent innerhalb eines Monats.

Eine Währungsabwertung und allgemeine Aufgabe der Preisbindung würde die Warenverfügbarkeit erhöhen, jedoch wird sich der Großteil der Bevölkerung diese zumindest kurzfristig nicht leisten können. In der Vorwahlzeit ist dies beileibe keine günstige Situation für die Regierung, die den Mangel nur noch verwaltet.

Nicht nur in staatlichen Supermärkten, sondern auch im privaten Einzelhandel werden die Kundendaten verstärkt biometrisch erfasst und ihre Einkaufswaren registriert – ein Albtraum für alle Datenschützer. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass bestimmte Personen zu viele Waren erwerben und auf dem Schwarzmarkt um ein Vielfaches weiter veräußern. Freilich wird die Maßnahme dem Schwarzhandel keinen Abbruch tun, da das Gros der Waren bereits abhandenkommen dürfte, bevor es überhaupt die Ladenregale erreicht.

### **Gesundheitsbereich vor dem Zusammenbruch**

Die Krise erfasst auch den Gesundheitsbereich mit voller Wucht. Die Importeure von Medikamenten und medizinischem Gerät klagten jüngst, dass sie seit Jahresbeginn von der Regierung nur unzureichende US-Dollar-Zuweisungen zum Geldwechseln erhalten haben und somit nur deutlich weniger Waren einführen können als im Vorjahr. Bereits jetzt sterben mehr Menschen oder haben verstärkt Leiden, da sie nicht mehr behandelt werden können. Laut eines Informanten des Pharmazieverbandes CIFAR schuldet bereits jetzt die Regierung den Importeuren, die für Einfuhren in Vorleistung gingen, rund eine halbe Milliarde US-Dollar.

Doch nicht nur in der Grundversorgung, sondern auch in anderen Wirtschaftssektoren kommen Produktion und Dienstleistungen zum Erliegen und verschärfen die Krise. Das Land hängt überwiegend von den Einfuhren ab, die nahezu komplett aus den Erdöleinnahmen bestritten werden. Mit dem Preissturz auf den Rohölmärkten verschärft

sich die Versorgungskrise des Landes und trifft in erster Linie die armen Bevölkerungsschichten hart.

### **Venezuela verkauft Goldreserven an der Wallstreet**

Wegen der Devisenengpässe wendet sich die venezolanische Regierung ausgerechnet an die Wallstreet. So meldet die Nachrichtenagentur Reuters, dass Insiderinformationen zufolge Venezuela Goldreserven in Höhe von rund 1,4 Milliarden US-Dollar einlösen will. Das Land bekommt ein Vorkaufrecht und kann nach vier Jahren die Goldreserven zurückerwerben. Das Geschäft, an dem mindestens die Bank of America und die Credit Suisse beteiligt sein sollen, soll im April abgeschlossen werden. Dem Geschäft mangelt es nicht an Ironie, immerhin wendet sich einerseits die sozialistische Regierung in Caracas ausgerechnet an die Wallstreet, dem Hort des täglich verteuerten Kapitalismus, und andererseits ist die US-Regierung trotz Sanktionen nicht in der Lage oder gewillt, jenen Gold-Deal zu unterbinden, der der Regierung Maduro das Überleben für weitere Zeit sichern könnte, bevor womöglich eine Staatspleite eintritt.

### **Grenzkonflikt mit Guyana weitet sich aus – Exxon bohrt nach Öl im Atlantik**

Als am Sonntag das Ermächtigungsgesetz in der Nationalversammlung mit der Regierungsmehrheit der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (PSUV) verabschiedet wurde, bekräftigte Maduro, mit dem Gesetz verhindern zu wollen, dass die USA „die Hand auf die Reichtümer Venezuelas legen“. Der oppositionelle Sozialdemokrat Ángel Medina kritisierte hingegen die Entmachtung der Legislative und bezeichnete das Gesetz als „Waffe gegen alle, die anders denken.“ Bedrohung der Souveränität des Landes gehe eher von Kuba, Russland, China und in dem Grenzkonflikt von Guyana aus, so Medina.

Anfang März kündigte der guyanische Präsident Donald Ramotar an, man werde im Atlantik nach Öl bohren. Es wurden bereits Lizenzen an Shell und den US-amerikanischen Öl-Multi ExxonMobile ver-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## VENEZUELA

März 2015

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

geben. Das Fördergebiet erstreckt sich über einen Küstenstreifen, dessen Hoheitsraum nicht endgültig geklärt ist. Die Grenzziehung im Ozean hängt maßgeblich von der Entscheidung über das Gebiet Guayana-Esequiba ab und wird von Guyana nach einem Schiedsspruch 1899, dem Genfer Abkommen vom 17. Februar 1966 und dem Protokoll von Port of Spain 1970 verwaltet. Seither gab es immer wieder Diskussionen und Zwischenfälle um die Zugehörigkeit des Territoriums.

Rechtlich verteidigte nun das guyanische Außenministerium die Hoheitsansprüche und forderte Venezuela dazu auf, die Erdölexploration auf guyanischem Gebiet nicht zu behindern. Seitens der venezolanischen Regierung erfolgte weder eine diplomatische, noch eine militärische Reaktion, wie es noch im Oktober 2013 der Fall gewesen war, als die Marine ein guyanisches Explorations-schiff festsetzte.

### USA nutzen Schwäche Venezuelas in der Region

Nach der jüngsten Ankündigung Guyanas bekräftigten die Mitgliedsländer der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) auf dem 16. Gipfel auf den Bahamas sowie Kuba die Unterstützung für Guyana und nicht Venezuela. Zwar unterstützen Kuba sowie die meisten Staaten von CARICOM traditionell Guyana im Konflikt um Guayana-Esequiba, doch gleichzeitig profitierten die meisten Länder über ihre Mitgliedschaft in dem Regionalbündnis Petrocaribe von verbilligten Erdöllieferungen aus Venezuela. So war die Eindeutigkeit der Solidaritätsbekundungen für Guyana anstelle einer neutralen Erklärung überraschend. Dies dürfte nicht ohne Kalkül geschehen, immerhin sind die Petrocaribe-Staaten darauf vorbereitet, dass Venezuela die Öllieferungen wegen der hausgemachten Wirtschaftskrise reduzieren oder gar einstellen wird.

Die USA scheinen sich hingegen darauf vorzubereiten, das Vakuum zu füllen, das im Fall einer Abschwächung von Petrocaribe und Beendigung anderer Energiekooperationen Venezuelas im karibischen Raum entstehen wird. Damit würde auch eine Verän-

derung des Stimmengewichts in regionalen Organisationen einhergehen, beispielsweise der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS).

### Erster Karibischer Energie-Sicherheitsgipfel in Washington DC

Am 26. Januar eröffnete US-Vize-Präsident Joe Biden den ersten Gipfel zu Energiesicherheit in der Karibik, an dem 25 Staaten und acht regionale Organisationen oder internationale Institutionen teilnahmen, darunter auch Deutschland. In seiner Eröffnungsrede erinnerte Biden daran, dass sich eine Verschiebung in der globalen Förderung und Zugänglichkeit von Energieressourcen vollzieht. „Wir haben in den Vereinigten Staaten mehr Öl- und Gasförderanlagen am Laufen als im Rest der Welt. Mexiko, Kanada und die USA sind das neue Epizentrum für Energie – nicht die Arabische Halbinsel,“ ergänzte der US-Vizepräsident. Es sollte ein umfassender Plan umgesetzt werden, der die Integration der karibischen Staaten vorsieht, damit sich diese zu „prosperierenden, sicheren, energieunabhängigen Nachbarn“ in einem demokratischen Raum entwickelten.

Unweigerlich steht das Projekt in Konkurrenz zu den venezolanischen Energiekooperationen und könnte die Abhängigkeit des karibischen Raumes vom venezolanischen Erdölhahn reduzieren. Die USA setzen dabei auf den Ausbau erneuerbarer Energien, Investitionen des Privatsektors in Energielösungen und Reformen im Energiesektor.

### Venezuela reagiert mit Polarisierung

Das venezolanische Heraufbeschwören eines angeblichen US-initiierten Krieges kann somit innenpolitisch als Ablenkungsmanöver zum Zweck verstärkter Unterdrückung und außenpolitisch als Reaktion des US-Vorstoßes in der Region enttarnt werden. Dabei stilisiert Nicolás Maduro Venezuela als Opfer und rief die Nationen der Region dazu auf, Venezuela beizustehen. Selbstredend mangelte es nicht an den obligatorischen Solidaritätsbekundungen aus den linksgerichteten ALBA-Staaten Nicaragua, Bolivien, Ecuador oder Kuba.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

VENEZUELA

März 2015

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

Auch die UNASUR-Staaten warnten vor Einmischung in innere Angelegenheiten. Aussagen anderer Staaten, die eher neutralen Charakter besitzen, wurden in den heimischen Medien zugunsten des Regimes in Caracas ausgelegt.

#### **Opposition zeigt sich besorgt**

Die Opposition in Venezuela fürchtet durch die Spannungen zwischen den USA und der venezolanischen Regierung in erster Linie Probleme im bevorstehenden Parlamentswahlkampf, da es Maduro gelang, mit dem Bedienen plumper Ressentiments die US-Sanktionen medial umzudeuten. Verschiedene Oppositionspolitiker stimmen allerdings überein, dass dieser Vorteil nur kurzfristig und nicht bis zur entscheidenden Wahlkampfphase andauern könnte.

Ferner ist man sich innerhalb der Opposition einig über den Nutzen des Ermächtigungsgesetzes zum Zweck verstärkter Repressionen. Unter dem Vorwand gegen die Einmischung der USA agieren zu müssen, wird auch die innenpolitische Kontrolle verstärkt werden. Unlängst hat der Parlamentspräsident eine Überprüfung in- und ausländischer Organisationen der Zivilgesellschaft ins Spiel gebracht.

#### **UNASUR-Dialogversuch zum Scheitern verurteilt**

Die innenpolitischen Spannungen werden aller Voraussicht nach zunehmen, je näher die Parlamentswahlen herannahen. Das wahrscheinlichste Szenario wird sein, den innenpolitischen Konflikt an der Wahlurne zu lösen, auch wenn die Parlamentswahlen wohl kaum fair und gleich ausgetragen werden. Bereits im Vorfeld wurde die Wahlkommission in einem nicht-verfassungskonformen Verfahren mit regierungsnahen Personen besetzt. Auch bittet die Wahlkommission das Oppositionsbündnis Mesa de Unidad Democrático (MUD) für die Ausrichtung der Vorwahlen zur Kasse, während sie eine Kostenübernahme für die Vorwahlen der Regierungspartei PSUV erwartungsgemäß nicht verlangen wird.

Das Vertrauen zwischen Opposition und Regierung bleibt weiterhin niedrig. Der kürzlich erfolgte Versuch des Staatenbündnis UNASUR und des Apostolischen Nuntius, im Konflikt zwischen beiden Parteien zu vermitteln, war durch das Agieren des UNASUR-Generalsekretärs Ernesto Samper von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Aussagen wurden zugunsten der Regierung getätigt und obwohl alle wichtigen Oppositionsparteien unter dem Dach der MUD vereinigt sind, lud Samper gezielt nur vier Persönlichkeiten der Opposition ein. Während Julio Borges (Parteivorsitzender Primero Justicia), Henrique Capriles (Primero Justicia, Gouverneur von Miranda), Henri Falcon (Parteivorsitzender Avanzada Progresista, Gouverneur von Lara, ehem. PSUV-Funktionär) und Henri Ramos Allup (Vorsitzender Acción Democrática) an den Gesprächen teilnehmen sollten, erhielt der Vorsitzende der MUD, Jesus Torrealba, keine Einladung. Dieser kritisierte die Entscheidung scharf und nannte das Vorgehen Sampers eine Provokation, um die MUD weiter zu spalten. Viele Oppositionspolitiker pflichteten ihm bei.

Der Dialogversuch der UNASUR ist weder glaubwürdig noch unparteiisch, wodurch sich der Verdacht verstärkt, es handele sich lediglich um eine Verzögerungstaktik der Regierung, um die Opposition bis zu den Wahlen medial in Schach zu halten und sich selbst als konziliant zu inszenieren. In den kommenden Wochen und Monaten wird der Druck auf die Regierung in Caracas steigen. Maduro wird gewohnt jede Schuld beim politischen Gegner suchen und dies durch verschiedene Ausflüchte und Aktionen - ganz gleich wie absurd - zu belegen versuchen. Die Einsicht, dass das chavistische Projekt gescheitert ist, wird sich erst mit der Ablösung der Regierung durchsetzen, die sich hoffentlich friedlich gestalten wird.

---

<sup>1</sup> Im Konkreten zielt die Maßnahme auf Angehörige des venezolanischen Regimes ab, die für die Erosion von Menschenrechten, Verfolgung politischer Gegner, Einschränkung der Pressefreiheit, die Anwendung von [illegitimer] Gewalt und Menschenrechtsverletzungen als Antwort auf regierungskritische Proteste, willkürliche Verhaftungen regierungskritischer Demonstranten oder für signifikante

**VENEZUELA**

**März 2015**

[www.kas.de/venezuela](http://www.kas.de/venezuela)

öffentliche Korruption verantwortlich oder daran beteiligt sind.

<sup>ii</sup> Wegen der gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit den Protesten im Februar 2014 werden folgende Personen sanktioniert:

1. Antonio José Benavides Torres, Kommandeur der Bolivarianischen Nationalen Streitkräfte (FANB) und ehemaliger Einsatzleiter der Bolivarianischen Nationalgarde (GNB)
2. Gustavo Enrique González López, Generaldirektor des Bolivarianischen Nationalen Geheimdienstes (SEBIN)
3. Justo José Noguera Pietri, Vorstandsvorsitzender des Staatsbetriebs Cooperación Venezolano de Guyana (CVG) und ehemaliger Generalkommandeur der GNB
4. Manuel Eduardo Pérez Urdaneta, Direktor der Bolivarianischen Nationalpolizei
5. Manuel Gregorio Bernal Martínez, SEBIN-Führungsmitglied
6. Miguel Alcides Vivas Landino, Generalinspekteur der FANB

Wegen der willkürlichen Anklage der oppositionellen Abgeordneten Maria Corina Machado sowie des Oberbürgermeisters Antonio Ledezma unter Vorlage nachweislich gefälschter „Beweise“ wird folgende Person sanktioniert:

7. Katherine Nayarith Haringhton Padron, Staatsanwältin